

Erzugsbedingungen und Anzeigenspreise sind in der Notizenansage angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 208
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

20. Mai 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Drohende Stilllegung der AEG.

50000 Arbeiter vor der Aussperrung!

Der Kampf der Werkzeugmacher der Werke in der Kolonnenstraße, Drontholmer Straße, Friedenau und Treptow des AEG-Konzerns droht binnen wenigen Tagen sich auf die gesamten Werke des AEG-Konzerns auszudehnen...

In den nächsten Tagen 50000 Arbeiter im Kampfe stehen werden.

Die Vorgeschichte dieses Kampfes haben wir bereits in unserem gestrigen Abendblatt kurz mitgeteilt. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind den Werkzeugmachern des AEG-Konzerns — und zwar nicht bloß den Werkzeugmachern — erhebliche Abzüge an den Löhnen und Akkordpreisen gemacht worden...

Das mußte von der Arbeiterschaft um so schwerer empfunden werden, weil besonders während des letzten Jahres die Lebenshaltungskosten sich wesentlich gesteigert haben...

mit den sozialen Traditionen eines Walter Rathenau gebrochen.

Sie verfolgt nicht nur rücksichtslos einen Lohnabbau, der zur Verelendung der Arbeiterschaft führt, sie nimmt auch gegenüber der Gewerkschaftsorganisation eine scharfmacherliche Haltung ein...

daß Verhandlungen zwecklos seien

und daß sie es ablehne, über irgendwelche Lohnzulagen mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiterschaft zu verhandeln.

Die Direktion des AEG-Konzerns ist zwar sehr konsequent in ihrer scharfmacherischen Haltung, aber schlecht unterrichtet über das Organisationsverhältnis der Facharbeiter.

15prozentige Lohnerhöhung

heran, die ja eigentlich nur ein Ausgleich für die Abzüge, kaum aber für die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist.

Es ist selbstverständlich, daß ein derartiges Angebot für die Werkzeugmacher unannehmbar ist.

Das Verhalten der Direktion des AEG-Konzerns hat derart verbitternd gewirkt, daß man damit rechnen muß, daß die Lohnbewegung der Werkzeugmacher sich auch auf die anderen Werke...

der Stilllegung sämtlicher Betriebe

und mit dem Streik bzw. der Aussperrung von 50000 Arbeitern in den nächsten Tagen gerechnet werden.

Der AEG-Konzern begeht in diesen Tagen sein 40jähriges Jubiläum. Die Direktion hat offenbar die Absicht, dieses Jubiläum mit einem Großkampf zu begehen.

Der Preußenetat angenommen.

Mißtrauensvotum mit 216 gegen 136 Stimmen abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtags-Sitzung steht als erster Punkt die erste Beratung eines interfraktionellen Initiativ-Gesetzentwurfs, der das Schußpolizeibeamtengesetz vom 16. August 1922 dahin ändern will...

Es folgen die für die dritte Lesung des Etats noch vorzunehmenden Bestimmungen. Dabei wird zunächst namentlich abgestimmt über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinet, das sich in der Begründung gegen die Unterstützung der imperialistischen Völkerbundspolitik...

An der Abstimmung beteiligen sich nicht die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei.

Die Abstimmung ergibt, daß 352 Abgeordnete ihre Karte abgegeben haben. Für das Mißtrauensvotum stimmten 136 Abgeordnete, dagegen 216 Abgeordnete.

Damit ist der Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten erledigt.

Einige demagogische Angriffe der Rechtsparteien auf Ausgabenrückstellungen für die Schußpolizeibeamten oder zu sozialen

Unterstützungszwecken wurden durchweg mit 50 Stimmen Mehrheit — Koalition und Wirtschaftspartei — gegen Kommunisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei abgelehnt.

Kurz vor 1 Uhr erfolgte die Schlussabstimmung über den Etat, der durchgängig nach den Wünschen der Koalitionsparteien gefasst wurde.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, kleine Finanzvorlagen.

Großfeuer in Reinickendorf-Ost.

Eine Kohlenanzünderfabrik in Flammen.

Ein gewaltiges Schadenfeuer kam heute mittag gegen 1/2 Uhr in der Kohlenanzünderfabrik von Oider u. Ries in der Hauptstraße 3 zu Reinickendorf-Ost zum Ausbruch.

Zum Ozeanflug aufgestiegen.

New York, 20. Mai. (W.B.) Trotz der Schwierigkeiten, die das durch den Regen erweichte Gelände dem Start bereite, ist Kapitän Lindbergh seiner angekündigten Absicht gemäß zum Flug nach Paris aufgestiegen.

Von Monroe bis Coolidge.

Die Vereinigten Staaten als Schutzherr und Ausbeuter.

Die amerikanische Intervention in Nicaragua und die aggressive Politik der Coolidge-Regierung gegenüber Mexiko hat sowohl in den Vereinigten Staaten selbst, wie auch in allen latein-amerikanischen Ländern Proteststürme hervorgerufen.

Die Amerikaner möchten gern glauben, daß die Außenpolitik ihres Landes auf festen, seit Gründung der Republik unverändert gebliebenen Grundlagen aufgebaut sei.

Die Ausführungen von Coolidge gipfeln in der Behauptung, daß die Vereinigten Staaten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hätten, in den mittelamerikanischen Ländern zu intervenieren.

Die Monroe-Doktrin wurde proklamiert, als die Heilige Allianz die Wiedereroberung der amerikanischen Kolonien für Spanien plante.

den Schutz ihrer Interessen verzichten können: wer würde ihnen, wenn sie jede Einmischung unterließen, bei den ständigen Wirren in den latein-amerikanischen Staaten die Bewahrung ihrer „wohlerworbenen“ Rechte und die Bezahlung ihrer Schulden usw. garantieren? Roosevelt antwortete darauf, daß es die Pflicht der Vereinigten Staaten sei, auf Grund der Monroe-Doktrin in „flagrante Fällen“ als Hüter aller fremden Interessen in den amerikanischen Ländern aufzutreten. Dies war die Begründung für die lange Kette amerikanischer Interventionen, die in einigen Fällen zur Schaffung des Protektorats führten und die einheimische Bevölkerung in wachsendem Maße der unbeschränkten Ausbeutung seitens des amerikanischen Kapitals auslieferten. Die „flagrante Fälle“ wurden häufig von den Amerikanern selbst erst geschaffen, indem die „Revolutionen“ mit amerikanischem Gelde finanziert und mit amerikanischen Waffen gemacht wurden.

Diese Politik hatte aber ihre Schattenseiten für die Regierungen der Vereinigten Staaten und ist allmählich in mancher Beziehung sehr un bequem geworden. In den Staaten selbst entstand eine starke Opposition gegen die „Dollar-Diplomatie“, wie diese Politik genannt wird. Andererseits wuchs die Unruhe in Südamerika, wo man befürchtete, daß der wachsende Zustrom amerikanischen Kapitals den südamerikanischen Staaten das gleiche Schicksal vorbereite, das früher die mittelamerikanischen Länder erlebten haben. Die plumpe Politik des jetzigen Staatssekretärs (Außenministers) Kellogg, die durch ihre Schwankungen und periodisch wiederkehrenden „starken Gesten“ die drastische Bezeichnung „Quartalsäuserpolitik“ wohl verdient, hat die Lage außerordentlich zugespitzt. Zur Beruhigung der inneren sowohl wie der südamerikanischen Opposition formuliert Coolidge jetzt seine Doktrin, durch welche die ständige Überwachung der mittelamerikanischen Länder mit dem höchsten Ziel, diese Länder zur Demokratie zu erziehen, begründet wird, und wo durch die Worte „diesseits des Panamakanals“ die südamerikanischen Länder ausdrücklich von dem zu überwachenden Gebiet ausgenommen werden.

Es kann ganz plausibel erscheinen, wenn die Sonderstellung der Vereinigten Staaten im Gebiet „diesseits des Panamakanals“ mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Verteidigung des Panama- und des künftigen Nitaraguakanals gerechtfertigt wird. Weist man dann noch auf die „zivilisierende“ Tätigkeit der Nordamerikaner hin, so bekommen die Dinge erst recht ein schönes Aussehen. Wäre es aber nicht die beste Sicherheit, wenn man die in Frage kommenden Länder der Vorteile des Kanalbaues und der Erschließung ihrer Naturreichtümer in solchen Massen teilhaftig werden ließe, daß diese Länder ein eigenes Interesse an der Erhaltung und Weiterentwicklung des Geschaffenen gewinnen? Das ist der springende Punkt der ganzen Angelegenheit. Das amerikanische Kapital fließt in diese Länder wegen der unbegrenzten Ausbeutungsmöglichkeiten, es schafft sich dort billige Arbeitskräfte und beutet die Bevölkerung als Verbraucher aus. Zur gleichen Zeit, wo ein Liter Kaffeebohnen in den Vereinigten Staaten 5 bis 5,5 Cents kostete (Mai 1926), wurde er in Mexiko für 10 Cents verkauft! Obendrein besteht noch die praktische Monopolstellung des amerikanischen Petroleumkapitals. Die niedrigen Löhne sind nicht nur die Quelle von Sondergewinnen für das in Mittelamerika arbeitende Kapital: sie drücken auch auf die Löhne in den Grenzgebieten der Vereinigten Staaten, wo die gleiche Arbeit zweimal und dreimal so schlecht bezahlt wird als in den nördlicher gelegenen Staaten. Besonders sind es die Regierungen, die zu äußerst niedrigen Löhnen arbeiten. Das ist auch der Grund, weshalb man die Entwicklung der mittelamerikanischen Länder mit ihrer zum großen Teil „farbigen“ Bevölkerung zur wirklichen Selbstständigkeit zu verhindern trachtet: man fürchtet, daß diese Entwicklung ihre Rückwirkung auf die Regierungen der Vereinigten Staaten nicht verfehlen würde. Aus diesen und ähnlichen Gründen

treibt die Regierung der amerikanischen Plutokratie ihre „Dollar-Diplomatie“, ihre imperialistische Politik in den Ländern „diesseits des Panamakanals“. Die Monroe-Doktrin hat seinerzeit den amerikanischen Völkern die Freiheit verschafft; ergänzt und modernisiert durch die „Coolidge-Doktrin“ ist sie ein Werkzeug kapitalistischer Verklawung geworden.

Minister gegen Wohnungsbau.

Hirtfelder und die Berliner Wohnungsbaupolitik.

Die schroffe Abwehr, die der Wohlfahrtsminister Hirtfelder dem amerikanischen Chapman-Projekt entgegenbringt, zwingt zu einigen grundsätzlichen Ausführungen. Es handelt sich nicht etwa darum allein, ob gerade die Amerikaner bauen dürfen oder nicht. Wäre der Volkswohlfahrtsminister oder irgendeine andere Stelle in der Lage, das gleiche Programm mit den gleichen Mitteln und dem gleichen Erfolg auszuführen, so könnte es der Stadt Berlin und den Wohnungsuchenden gleich sein, woher die Wohnungen kommen. Da das aber nicht der Fall ist, läuft die Haltung des Wohlfahrtsministeriums eben darauf hinaus, daß das Projekt überhaupt nicht ausgeführt werden soll. 1500 Wohnungen in dieser Zeit der Wohnungsnot nicht gebaut werden. 185 Millionen Mark Auslandsgeld zum Wohnungsbau werden von dem Minister einer Partei ausgeschlagen, die vor wenig mehr als einem Jahre noch die Heranziehung von Auslandskapital in größtem Maße gefordert hat! Alles das ist ganz unsäglich, weil ja das Wohlfahrtsministerium für den Bau von Wohnungen zu sorgen hat, und nicht für dessen Verhinderung gegen den Willen der größten deutschen Stadt. Der preussische Wohlfahrtsminister scheint sehr schlecht beraten zu sein, wenn seine Wohnungsfürsorge praktisch darauf hinausläuft, Berlin vor dem Wohnungsbau zu schützen. Wer ihm solchen Rat gegeben hat, das wagen wir nicht zu untersuchen. Wir hoffen jedoch, daß die Stadt Berlin im Interesse ihrer Arbeiter und Wohnungsuchenden dieser Frage mit der größten Sorgfalt nachgeht und einmal feststellt, wer ein so großes Interesse an der Aufrechterhaltung sozialer Notstände hat, für deren Beseitigung die Stadt vergeblich kämpft.

Es handelt sich, wie gesagt, durchaus nicht nur um das Projekt der Amerikaner. Wenn jetzt Berlin wegen dieses Planes mit dem Wohlfahrtsminister in Konflikt kommt, so kann andererseits ein anderer Grund vorliegen. Die größte Stadt des kontinentalen Europa besitzt nämlich weniger Verfügungsrecht über seinen Wohnungsbau als jedes preussische Dorf von 500 Einwohnern. Es ist die einzige Stadt, die bei der Planung, der Anlage von Gebäuden, Plänen in so weitgehender Weise von der Zustimmung übergeordneter Instanzen abhängig ist, wie sich das bei dem jetzigen Projekt zeigt. Ein Ueberrest aus der Kaiserzeit ist die Vorschrift, die es dem Minister ermöglicht, monatelange Arbeit der Stadtbehörden vielfach zu durchkreuzen. Das gleiche gilt von der Regelung, die es dem Minister ermöglicht, Berlin vierstöckige Häuser zu untersagen, wo die Bauordnung sie nicht verbietet. Was in Köln a. Rh. und Kyll a. d. Knatter selbstverständlich sein kann, das darf Berlin nicht. Das ist ein seit langem bekämpfter, heute als unhaltbar erwiesener Zustand, durch den künstlich Kompetenzkonflikte geschaffen worden. Jeder, der nur mit Erbitterung die Entwicklung der letzten Auseinandersetzungen verfolgt hat, muß zu dem Schluß kommen, daß es so nicht weiter geht. Man sollte daher ernsthaft daran denken, im Interesse aller Teile die Ursachen solcher Konflikte aus der Welt zu schaffen, indem man Berlin im Wohnungsbau die Rechte gibt, die es braucht. Mit polemischen Auseinandersetzungen baut man keine Häuser, mit juristischen Spitzfindigkeiten auch nicht — was aber dadurch entstehen muß, daß ist eine wachsende Empörung der von der Wohnungsnot betroffenen Bevölkerungskreise gegen Regierungsmethoden, die den Wohnungsbau verhindern, anstatt ihn zu fördern.

Partei der Zerfetzung.

Eine neue kommunistische Organisation. — Weitere Zerfetzung der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Die aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen ehemaligen KPD-Führer Maslow, Ruth Fischer und Urbahn sind beabsichtigt nach der „Roten Fahne“ eine eigene Parteiorganisation zu gründen und ein Wochenblatt unter dem Titel „Fahne des Kommunismus“ herauszugeben. Die Zahl ihrer Anhänger in Berlin wird auf ein paar Hundert geschätzt. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu:

„Trotzdem wird diese ehrenwerte Gesellschaft mit Hilfe von gestohlenen Parlamentsmandaten — es ist nicht ausgeschlossen, daß sich ihre Zahl noch um einige vermehrt — eine lebhaftige Tätigkeit gegen die Partei, gegen Sowjetrußland und die Komintern, zur Freude der SPD. und im Interesse der Imperialisten und ihrer Kriegspläne entfalten.“

Nach dieser Ankündigung sind noch weitere Ausschüsse oder Austritte aus der kommunistischen Reichstagsfraktion zu erwarten. Einheitsfront, wie die Kommunisten sie auffassen!

Vor einer Regierungskrise in Braunschweig.

Die Wirtschaftsparteiler schwenken ab.

Aus Braunschweig wird uns berichtet: Der Haushaltsausschuß des Braunschweigischen Landtages hat seit Wochen an einem neuen Grundsteuer-, Gewerbesteuer- und Hauszinssteuergesetz gearbeitet. Die Wirtschaftsgruppe des Landtags hat stets an den Beratungen teilgenommen. Da aber ihre Wünsche nicht voll erfüllt wurden, hat sie in letzter Stunde bei der Abstimmung im Landtag der Regierung und den Regierungsparteien den Rücken gekehrt. Dadurch ist in der bürgerlichen Mehrheit des Braunschweigischen Landtags eine Spaltung eingetreten. Die Regierung hat deshalb ihre Gesetzesvorlagen zurückgezogen und sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Es ist anzunehmen, daß die Krise innerhalb der bürgerlichen Parteien nicht anders zu beheben sein wird als durch eine Landtagsauflösung.

Claf wollte provozieren!

Die alldeutschen Putschpläne im Frühjahr 1926.

Im Leipziger Prozeß gegen Wiking und Olympia hat der Zeuge Käsehage sich bekanntlich dahin geäußert, daß Sodenstern erklärt habe, daß der Putsch unter Umständen auch provoziert werden müsse.

Wie der „Jungdeutsche“ mitteilt, haben nun sowohl die Jungdeutsche Ordensleitung wie der Rechtsbeistand Wabrauns die Mitteilung erhalten, daß um die Wende des Jahres 1925/26 der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claf, mehreren Personen gegenüber die gleichen Angaben gemacht hat, wie sie der Zeuge Käsehage von Herrn von Sodenstern behauptete. Hierbei habe auch Justizrat Claf davon gesprochen, daß der Putsch provoziert werden müsse, gegebenenfalls durch Arbeiterentlassungen! Er habe sogar gesagt, daß er mit dem Großindustriellen Borjig diesbezüglich schon im Einvernehmen sei und Justizrat Claf habe bei dieser Gelegenheit den Major v. Sodenstern als seinen Verbindungsmann bezeichnet.

Das Blatt fügt hinzu: „Die Mitteilung stammt von Personen, welche dem Kreise um Claf, Bacmeister, Hugenberg sehr nahe gestanden haben und die, wie wir uns vergewisserten, bereit sind, unter Eid für ihre Behauptungen einzustehen.“

Die Waffen des Wiener Arsenal wurden dem interalliierten Militärüberwachungsausschuß übergeben.

Von den in Rybnik verletzten Deutschen liegen noch immer 40 mit schweren Verwundungen im Krankenhaus.

Der Geburtenüberschuß in Japan belief sich im vergangenen Jahre auf 940 000.

Westarp's Handorakel.

Politischer Ratgeber für Deutschnationalen.

Mitgeteilt von Felix Fehnbach.

Am 17. Jahrdahnt schrieb Bartholomäus Gracian, Rektor des spanischen Seelentkollegiums zu Larragona, sein Handorakel — einen Schatz von 300 Regeln der Welt- und Lebensklugheit. Graf Westarp, der Führer unserer Deutschnationalen, mag sich an dem schlaun Jesuiten begeistern haben, denn siehe da: eines Tages erhielten sämtliche deutschnationalen Abgeordneten und Funktionäre ein Büchlein zugestellt, das den vielversprechenden Titel trug:

Politik'sches Handorakel.

Ratgeber für deutschnationalen Politik.

Ein schwarzweißrotes Flaggenschild zierte den Einbanddeckel und auf dem Blatte nach der Titelseite war in großer Antiquaschrift zu lesen: „Mit Gott für König und Republik!“

In engster Anlehnung an das Handorakel des Gracian ist der deutschnationalen Ratgeber abgefaßt; einzelne Partien fast wörtlich von dem Spanier übernommen. Aber selbstverständlich modernisiert. Selbst die bis zur höchsten Virtuosität ausgebildete Politik des Umfallems, der Futtertruppenpolitik und der Unwahrscheinlichkeit, die von dem Deutschnationalen bei Verlängerung des Republikgesetzes wieder einmal klassisch demonstriert wurde, ist hier in wohlwunderschönen Regeln festgelegt. So köstlich ist der Inhalt dieses Büchleins, daß er der Deffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden darf. Hier ein paar Proben daraus:

1. Politik ist die Kunst, stets auch anders zu können.
2. Kannst du dich nicht mit der Löwenhaut bekleiden, so nimm den Fuchspelz. Die Heerstraße der Tapferkeit ist gefährlich, wähle deshalb den Nebenweg der Schlaueit.
3. Befinnung zu haben, ist un bequem. Denkungsart und politische Einstellung ändern sich nach den Zeiten. Der Kluge paßt sich der Gegenwart an, besonders wenn Einfluß und Portefeuilles zu erringen sind. Das gilt auch dann, wenn dir die Befinnung besser erscheint.
4. Die Wahrheit reden, oder sein Wort halten, sind Dinge aus einer anderen Zeit, die heute nur hindertlich werden können.
5. Vergiß in der Politik nie das Materielle. Trage deshalb Sorge, etwas vom Kaufmann an dir zu haben. Verlangt eine Partei, mit der du dich verbünden willst, bestimmte Verpflichtungen, so unterschreibe sie, wenn es durchaus nicht zu umgehen ist. Mach aber kein Zugeständnis, ohne dafür eine Machtposition einzutauschen. Die Ausführung des Versprochenen muß in deiner Hand bleiben, dann kannst du den Partner stets um seinen Lohn bringen.
6. Kaffe deine Gegner immer im unklaren über dein Vorhaben. Mit offenen Karten spielen ist weder nützlich noch angenehm. Tue nie das, was du vorgibst, sondern suche zu täuschen. Du bringst es zur Meisterschaft, wenn du verstehst, durch den Schein der Wahrheit zu täuschen.
7. Hüth dich zu Verhandlungen mit einem politischen Gegner, dann schlafere seinen Willen ein, um ihn anzugreifen.

greifen. Verhehle deine Absicht, um sie zu erreichen, stelle sie zuhinterst, damit sie bei der Ausführung vorne zu stehen komme. Stets mußt du wissen, wo einer anderen Partei, die du benutzen willst, beizukommen ist. (Zum Beispiel dem Zentrum durch Konkordat und Reichshulgesetz.) Bearbeite zuerst das Gemüt des Gegners, gib ihm dann durch ein Wort den Anstoß, um endlich mit seiner Lieblingsneigung den Hauptgriff zu machen: so wird unfehlbar sein freier Wille schachmatt.

8. Vor deinen Wählern mußt du das Unmögliche als möglich erscheinen lassen. Biege sie in den Glauben, daß du ihre Interessen vertrittst, während du doch stets die deinen verfolgst. Verprieß deinen Wählern alles, was sie gerne hören. Kannst du das Versprochene später nicht erfüllen, dann erkläre ihnen, du habest nie etwas versprochen. Hast du deine Wähler enttäuscht und sie fordern Rechenschaft, dann mußt du verstehen, sie davon zu überzeugen, daß du ihnen nützlich warst. Es ist eine wichtige Kunst, Enttäuschungen zu vergolden.

9. Habe immer jemand zur Hand, auf den die Schläge der Unzufriedenen treffen; denn die Wut des Böbels gleicht der der Hunde. Schiebst du einen anderen als den Schuldigen vor, so wendet sich die Wut gegen dieses dein Werkzeug und du selbst geht frei aus.

10. Hüte dich davor, dich zu Männern zu bekennen, die durch ihr Tun der allgemeinen Verachtung preisgegeben sind. Du kannst sie für deine Zwecke be nützen, aber in der Deffentlichkeit mußt du sie verleugnen.

11. Hast du etwas getan, was dir später un bequem wird, so suche diese frühere Tat zu verbergen. Ja, dir selbst sollst du sie verbergen. Doch kannst du dir auch damit helfen, daß du sie in Vergessenheit bringst und sie auch aus deinem eigenen Gedächtnis streichst. Geht es gar nicht anders, dann mußt du die Tat bestreiten, die Tat begangen zu haben.

12. Das Wichtigste ist, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Wenn du auch nicht tußt, was die allgemeine Bewunderung erringt, so mußt du doch dafür sorgen, daß die Zeitungen es so darstellen, als habest du die allgemeine Anerkennung verdient. Die Kunst gewisser Zeitungen ist zu gewinnen. Geiz wäre hier am falschen Ort.

13. Sorge dafür, daß du nie für einen Mann von Verstellung giltst, obgleich du ohne sie nicht auskommst. Die große Kunst besteht darin, daß du bedeckst, was für Betrug gehalten wird.

14. Hüte dich vor den Sozialdemokraten. Sie sind gefährlich, denn sie haben Befinnung.

Ein wilder Stier im Zoo. Im flamenischen Büffelhaus des Zoologischen Gartens ist jetzt der erste, wirklich echte, wild gefangene Bantengstier zu sehen. Alle sogenannten Bantengs, die früher im Zoologischen Garten gezeigt und auch von dem großen Tierzuchtlehrer der Universität Halle, Prof. Kühn, zu interessanten Kreuzungsversuchen benutzt wurden, waren zahme, in den Haus tierland übergeführte Nachkommen des wilden Bantengs, bei denen sich die Hornform wesentlich geändert hat. Sie werden auf der Insel Bali bei Java als Rindvieh gehalten. Der wilde Jungstier im Zoo wurde von einem Hagenbedschen Reisenden im Sumpfe

Sumatras mit der Schlinge gefangen, deren Reste bei der Ankunft hier noch an seinem Fuße hingen.

Drahtloses Interview aus Grönland. Der dänische Polarreisende Lange Koch befindet sich zurzeit auf einer Forschungsreise durch Grönland. Ein norwegischer Journalist, der zu der Expedition gehört, hat Koch vor einigen Tagen interviewt; das Interview wurde auf drahtlosem Wege an die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ gesandt. Die Expedition besteht aus sechs Personen, unter denen sich auch ein Professor aus Cambridge befindet. Sie hat bereits die größte Sammlung von Fossilien, die jemals in Ostgrönland entdeckt wurden, zusammengebracht. Der größte Teil der Reise wurde auf Hundeschritten zurückgelegt. Die Expedition traf einmal eine Herde von hundert Moschusochsen. Die ganze Zeit über wurde sie von Wölfen verfolgt. In einer Nacht überfielen Wölfe die Speisevorräte und schlepten eine Menge Fleisch weg. Koch erklärte, daß die wissenschaftlichen Ergebnisse in vielen Fällen die Erwartungen übertreffen.

Monets Seerosen. Die Drangerie der Tuilerien ist zu einem kleinen Museum umgeschaffen worden, das Monets große, von ihm dem Staate geschenkte Seerosenbilder beherbergt und jetzt eröffnet worden ist. Nachdem er unzählige Male die Seerosen, die einen kleinen Wasserlauf und Teich auf seiner Besitzung Giverny belebten, in den verschiedensten Beleuchtungen der Tageszeiten und der Atmosphäre in kleinem Maßstabe festgehalten hatte, faßte der Künstler im Jahre 1914 den Gedanken, diese Studien zu einem letzten Ausdruck seiner Kunst zusammenzufassen. In einem eigens gebauten großen Atelier und auf Leinwandstreifen von 6 bis 8 Meter Länge und etwa 2 Meter Breite entstanden so zwölf Kompositionen, von denen acht in der Drangerie untergebracht sind. Die zwei ovalen Säle für die Bilder und ein kleiner Eingangssaal sind genau nach den Anweisungen Monets angelegt worden.

Der verbotene Molière. Während die japanische Bühne sich vieler berühmter europäischer Dramatiker bemächtigt hat und kürzlich sogar Goethes „Stella“ aufführte, hat Molière lange Zeit auf der japanischen Bühne keinen Fuß fassen können. Wie die „Comœdia“ mitteilt, ist dies auf ein Verbot zurückzuführen, das vor einer Reihe von Jahren erlassen wurde. Die Sünden, die man dem französischen Klassiker des Lustspiels vorwarf, waren die folgenden: 1. die väterliche Autorität anzugreifen, die in Japan niemals als zu groß angesehen werden kann; 2. immer der Jugend Recht zu geben; 3. die Breiße zu verspotten; 4. den Frauen eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Manne zuzubilligen; 5. die Diensthoten unverschämte zu machen; 6. die Weisen zu verspotten. Dies Verbot ist erst vor einiger Zeit aufgehoben worden.

Eine Arbeitsgemeinschaft zur Erloerung der nord- und ostdeutschen vor- und frönglichkeithlichen Volk- und Wohnanlagen ist auf Anregung der Baltischen Kommission in Kiel, der beteiligten Fachkreise und der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft vor kurzem in Kiel gegründet worden. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden Geheimrat Dr. E. Schuchardt-Berlin, den stellvertretenden Vorsitzenden Professor Dr. Engel-Kiel und Professor Dr. Oberst-Berlin und dem Geschäftsführer Museumsdirektor Dr. Unverzag-Berlin.

Keine Anerkennung des Sowjetsystems.

Die russische Delegation bleibt trotzdem.

Genf, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der vielbesprochene Antrag der Sowjetdelegation, die Konferenz solle das Nebeneinanderbestehen der beiden Wirtschaftssysteme anerkennen, ist in der Koordinationskommission zur Sprache gekommen und kurzweg abgelehnt worden, weil die Wirtschaftskonferenz absolut auf dem Boden der Wirtschaftsfreiheit stehen und unmöglich das sowjetische Wirtschaftssystem mit dem Außenhandelsmonopol prinzipiell anerkennen könne. Der russische Delegierte erklärte dazu: Wenn ihr Antrag abgelehnt werde, müsse die Wirtschaftskonferenz von der Sowjetregierung als ergebnislos betrachtet werden. Jedoch soll er dabei keinerlei Drohungen, daß die Sowjetdelegation an der Konferenz nicht mehr teilnehmen werde, ausgesprochen haben.

Die Industriekommission berät zur Stunde den Entschließungsentwurf über die internationalen Kartelle. Von verschiedenen Arbeitgebervertretern von kleinen Ländern sind dagegen Verwahrungen und Ablehnungsanträge vorgebracht worden. Namens der Arbeitergruppen kritisierte Genosse Jouhaug die Mängel der Resolution in starken Worten. Insbesondere unterließ er, daß die Bestimmungen über die Kartellen und die Publizität der internationalen Kartelle den Erwartungen der Arbeiterschaft nicht entsprechen und ihre Vertreter deshalb der Resolution nicht zustimmen können.

Der Sowjetdelegierte Sokolnikow erklärte ebenfalls, daß er die Resolution ablehnen müsse, weil durch einen zu starken Ausbau der internationalen Kartelle die ganze Weltwirtschaft unter ihre Willkür gelangen würde. Dagegen wird die Sowjetregierung die Wirtschaftsfreiheit von internationalen Kartellen auch in Sowjetrußland zulassen, sofern sie die Interessen der Arbeiterschaft und der Konsumenten nicht verletzen. Als ausreichenden Schutz für die letzteren betrachtet Sokolnikow im übrigen nur die Preisfestsetzung für alle Verbrauchsgegenstände durch staatliche Organisationen. Die Diskussion geht weiter.

Deutschland in der Mandatskommission.

Chamberlain weicht einem deutschen Wunsch aus.

London, 20. Mai. (W.B.) Im Unterhause wurde an Chamberlain die Anfrage gerichtet, ob er von dem deutschen Minister des Auswärtigen den Wunsch übermittelt erhalten habe, daß einer Person deutscher Nationalität in der Mandatskommission des Völkerbundes ein Sitz zugeteilt werde, und wenn dies der Fall sei, in welcher Weise er geantwortet habe oder zu antworten beabsichtige. Chamberlain erwiderte: Ich bin unterrichtet worden, daß die deutsche Regierung die Absicht hat, diese Angelegenheit in der Dunitagung des Völkerbundes vorzubringen. Eine direkte Antwort meinerseits kommt dabei nicht in Frage. Ich kann auch noch vorher über die Stellungnahme des Rats etwas sagen, von dem die Frage freimütig erörtert werden muß, falls sie ihm vorgelegt werden sollte.

Keine Begeisterung!

London, 20. Mai. (W.B.) Wie der „Daily Telegraph“ meldet, ruft das Ersuchen der deutschen Regierung um Gewährung eines Sitzes in der ständigen Mandatskommission keine Begeisterung in Paris, Brüssel, London oder Tokio hervor.

In der Mandatskommission des Völkerbundes sind Kolonialfachverständige verschiedener Staaten tätig. Zurzeit gehören ihr vier Angehörige von Staaten an, die Mandate verwalten (England, Frankreich, Belgien, Japan) und fünf, die keine Mandate haben (Niederlande, Portugal, Spanien, Italien, Schweden). Der Wunsch, daß auch ein Deutscher Mitglied der Mandatskommission wird, ist grundsätzlich um so mehr berechtigt, als eine große Zahl von Kolonialmandaten des Völkerbundes aus den ehemaligen deutschen Kolonien besteht. Daß der deutsche Wunsch, in der Mandatskommission vertreten zu sein, keine Begeisterung erregt, ist verständlich: wird doch vermutet, daß dieser Deutsche den Mandatsregierungen im Interesse der Eingeborenen Schwierigkeiten bereiten werde. Bieweit diese Beforgnis berechtigt ist, hängt durchaus von der Persönlichkeit ab, die der Völkerbundsrat aus den Kreisen der deutschen Kolonialfachleute auswählen würde.

Immer wieder Oberschlesien-Terror.

Die Polizei erprecht Erklärungen. — Beschlagnahme deutscher Zeitungen.

Kattowich, 19. Mai. (W.B.) Die polnische Presse brachte heute eine Meldung, der zufolge der am Sonntag in Rybnik schwer mißhandelte Redakteur des Oberschlesischen Kuriers Herger freiwillig bei den polnischen Behörden erschienen sei und zu Protokoll gegeben habe, daß die von der deutschen Presse über seine Mißhandlung gebrachte Mitteilung tendenziös und übertrieben sei. Von zuständiger deutscher Seite in Polnisch-Oberschlesien wird demgegenüber mitgeteilt, daß die amtlichen polnischen Erklärungen über die Vorgänge in Rybnik nicht zutreffen. Auch Redakteur Herger stellt fest, 1. daß er seine Angaben nicht freiwillig gemacht habe, und daß 2. Form und Inhalt der amtlichen Darstellung des Ueberfalles seinen vor der Untersuchungskommission gemachten Angaben nicht entsprechen.

Deutsche Zeitungen, die den Sachverhalt bringen, werden rücksichtslos beschlagnahmt. Die deutsche Presse in Polnisch-Oberschlesien kann die Erklärung Hergers nicht veröffentlichen. Auch die heutigen Ausgaben des Oberschlesischen Kuriers und der Kattowicher Zeitung, die das Telegramm des Abgeordneten Pannt im Namen sämtlicher deutschen Parlamentarier des polnischen Sejm an Pilsudski veröffentlichten, in dem um Schutz der deutschen Bevölkerung gebeten wird, sind der Beschlagnahme anheim gefallen.

Gestern nacht haben sich in Kohjanka u erneut Ueberfälle auf deutsche Bürger ereignet.

Streichholz auch in Frankreich verschächert.

Sozialistischer Gegenentwurf.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am nächsten Dienstag soll in der Kammer die Debatte über die Veräußerung des Streichholzmonopols beginnen. Die Sozialistische Partei wird einen Gegenentwurf einbringen, in welchem ein Kredit von 30 Millionen verlangt wird, um die gegenwärtige staatliche Verwaltung des Monopols zu modernisieren und auf kaufmännischer Grundlage aufzubauen. Im 2. Artikel des Gegenentwurfes wird die Ernennung einer Kommission von 24 Mitgliedern verlangt, wovon ein Viertel Parlamentarier und ein Viertel Mitglieder der Gewerkschaften und des Personals der staatlichen Manufakturen und der Rest Sachverständige sind, die die Modernisierung der Verwaltung vornehmen sollen.

Beitrag zur heilpädagogischen Woche.

Hilfe den körperlich behinderten Kindern!

Ein wirtschaftlich wie sozial gleich wichtiges Teilgebiet der Heilpädagogik ist die Krüppelfürsorge, die das körperlich behinderte Kind zur späteren Erwerbsarbeit fähig machen will. Ein durchgreifender Erfolg auf diesem Gebiete ist eigentlich nur in Preußen und auch hier erst seit dem Bestehen des preussischen Gesetzes vom 6. Mai 1926 zu verzeichnen. Denn so anerkanntswert die Leistungen verschiedener charitativer Verbände und weitaushauchender Sozialhygieniker im einzelnen auch sein mögen, sie mußten doch nur Stückwerk bleiben, da die Masse der in Frage kommenden hilfsbedürftigen Kinder von ihnen nicht erfaßt werden konnte.

Nach dem preussischen Krüppelfürsorgegesetz vom 6. Mai 1926 sind die Landarmenverbände verpflichtet, „für Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen, Blinden und Krüppel, soweit sie der Anstaltspflege bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge zu treffen.“ Die Fürsorge umfaßt beim Minderjährigen auch die Erziehung und Erwerbsvorbereitung, worin die große wirtschaftliche Bedeutung dieses Gesetzes liegt. Ärzte, Hebammen, Lehrer und Lehrerinnen, die in Ausübung ihres Berufes bei Kindern Verkrüppelungen beobachten, sind verpflichtet, dem zuständigen Jugendamt Anzeige zu erstatten. Die Aufstellungen darüber, ob ein Krüppelfall vorliegt, werden oft und nicht nur unter Laien auseinandergehen. Der Gesetzgeber hat versucht (§ 9), eine Definition des Begriffs „Krüppel“ zu geben. Danach liegt eine Verkrüppelung im Sinne des Gesetzes vor, wenn „eine Person (Krüppel) infolge eines angeborenen oder erworbenen Knochen-, Gelenk-, Muskel- oder Nervenleidens oder Fehlens eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen in dem Gebrauch ihres Rumpfes oder ihrer Gliedmaßen nicht nur vorübergehend derart behindert ist, daß ihre Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte voraussichtlich wesentlich beeinträchtigt wird.“

Ist diese Begriffsbestimmung auch nicht sehr klar, so zeigt sie doch deutlich die Absichten des Gesetzes, die dahin gehen, alle körperlich behinderten Kinder durch rechtzeitige heilpädagogische Behandlung zur Schaffung irgendeiner wirtschaftlichen Existenz zu befähigen.

Die Zahl der als Krüppel im Sinne des Gesetzes zu bezeichnenden Kinder ist erschreckend groß. Sicherlich hat viel dazu der durch die wirtschaftliche Not entstandene schlechte Ernährungszustand der Kinder beigetragen. Im Bezirk Treptow haben die Schulfürsorge ein Drittel aller Kinder als mangelhaft bezeichnet. 46 Proz. der im Oktober zur Schulentlassung gekommenen Knaben und als berufsunsähig bezeichnet worden und bedürften einer besonderen körperlichen Kräftigung. Die Zahlen der Krüppelfürsorge-

statistik selbst führen noch eine bereitere Sprache. Am 1. Januar 1927 waren im Bezirk Treptow 1256 Kinder von der Krüppelfürsorge erfaßt bei 11 781 Schültern. Demnach entfallen auf 1000 Einwohner 135 Krüppel. Professor Biefalki, der Vorkämpfer der Krüppelfürsorge, hat im Jahre 1906 15 Fälle auf 10 000 Einwohner berechnet. Dieser Vergleich zeigt einmal den Rückgang des körperlichen Zustandes unserer Jugend und zum anderen aber auch die Entwicklung des Begriffs Krüppel überhaupt. Er wird heute wesentlich weiter gezogen als damals. In jener Zeit verstand man unter Krüppel nur die schweren Fälle, die in der Regel operative Eingriffe erforderten. Die heutige Heilwissenschaft will in erster Linie vorbeugend wirken. Und in der Tat kann durch rechtzeitiges Eingreifen manche Anomalie des Körpers gehoben oder zum mindesten in ihren weiteren Fortschritten gehemmt werden. Zu diesem Zwecke ist klinisches Turnen (mit Apparaten) sowie das Schulsondeturnen (rhythmische Gymnastik) in den verschiedensten Bezirken durchgeführt. Diese Einrichtungen haben sich als außerordentlich wertvoll erwiesen.

Von Eltern wie insbesondere auch von Ärzten, Hebammen und Lehrern muß gefordert werden, daß sie ein scharfes Augenmerk auf die Körperhaltung der Kinder richten und jede, selbst scheinbar nur unbedeutende Anomalie dem zuständigen Jugendamt melden. Je eher durch entsprechende Heilerziehung eingegriffen wird, um so eher kann das Uebel gehoben oder zum mindesten eine weitere Entwicklung gehemmt werden. Insofern tragen neben den Schulfürsorgern insbesondere auch die Lehrer ein hohes Maß von Verantwortung für die körperliche Entwicklung dieser Kinder. Freilich muß neben dieser speziellen klinischen Behandlung körperlich behinderter Kinder eine besondere Erziehung und Kräftigung des allgemeinen Körperzustandes einhergehen. Denn in sehr vielen Fällen ist das körperliche Leiden auf einen allgemeinen körperlichen Schwächestand zurückzuführen. Auch durch Stärkung des Willens kann das Kind viel zur Ueberwindung des Leidens beitragen. In dieser Hinsicht hat bekanntlich Dr. Würh im Oskar-Helene-Heim zu Dahlem hervorragendes geleistet. Ärzte und Erzieher haben hier gemeinsam zu arbeiten. Die harmonische Ergänzung ihrer Leistungen kann Tausenden von Kindern zum Segen gereichen. Für den Staat bilden die gewiß nicht unerheblichen Ausgaben dieser Fürsorge eine gute Kapitalanlage. Sie rettet der Wirtschaft Produktivkräfte, die bisher unbemüht blieben. Sie macht Personen, die sonst der Gesellschaft zur Last gefallen wären, erwerbsfähig. Stadtrat Peters.

Der Berliner Etat balanciert.

Keine Steuererhöhungen. — Keine Mietsteigerung. — Keine Tarifierhöhung.

Nach fast zwei Monate langer Beratung hat der Haushaltsausschuß heute mittag den Berliner Etat in erster Lesung verabschiedet. Schon die Länge der Zeit zeigt, welche ganz außerordentlichen Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren, nachdem die Hoffnung auf einen für Berlin günstigeren Finanzausgleich endgültig begraben werden mußte.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an betont, daß sie wohl angelegentlich der allgemeinen finanziellen Lage eine sparsame Wirtschaft als notwendig ansieht, daß aber alle dringenden Ausgaben insbesondere auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege, der Schulen, des Krankenhauswesens wie endlich des Wohnungsbau und des Verkehrs unter allen Umständen geleistet werden müssen. Sie hat sich dabei nicht den „wohlmeinenden“ Ratshlag westdeutscher Oberbürgermeister zu eigen gemacht, daß die Stadt Berlin gefälligst ihre Steuern und Tarife (die allerdings zu den niedrigsten in allen deutschen Großstädten zählen) erhöhen möge, wenn sie ihren sozialen und kulturellen Verpflichtungen nachkommen wolle. Unsere Fraktion ist vielmehr mit allen Mitteln bestrebt gewesen, diese Aufgabe ohne neue Belastungen der breiten Masse zu erfüllen, weil sie weiß, daß die Not dieser Massen in Berlin auch so schon groß genug ist und daß der schematische Vergleich mit anderen Städten ein völlig laienhaftes Bild ergibt. Das ist ihr erfreulicherweise nun gelungen. Nach wünschenswertem Projekt muß freilich dabei vorläufig aufgeschoben werden, manche wertvolle Anregung kann in diesem Jahre noch nicht in die Tat umgesetzt werden. Hatte doch der Magistrat bereits über 80 Millionen von den Anforderungen der Bezirke abgelehnt. Aber der Ausschuss hat doch wesentliche Verbesserungen des Haushaltsplanes erreicht, die viele Millionen ausmachen. Erwähnt sei nur der Bau des Moabiters Krankenhauses, die Schaffung des Lichtenberger Entbindungshauses sowie die völlige Reorganisation des Obdachwesens. Nimmt man dazu die Erhöhungen der Beamtengehälter und der Unterstützungsrücklagen, so wird man es verstehen, daß sich der Etat trotz aller sonstigen Sparmaßnahmen doch um fast 5 Millionen gegenüber dem Voranschlag auf der Ausgabe Seite erhöht hat.

Dieser Voranschlag sah aber eine Erhöhung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer wie der Hundesteuer vor. Die Sozialdemokratie hat bereits bei Beginn der Beratungen erklärt, daß sie diese Erhöhungen nicht mitmachen würde, weil sie auf die breiten Massen abwälzbar seien und weil sie andere Möglichkeiten der Dedung sähe. Der Erfolg hat ihr recht gegeben.

Die Steuereingänge des verflossenen Jahres beweisen, daß der Voranschlag des Magistrats zu niedrig war, daß das laufende Jahr — noch dazu im Zeichen einer sich langsam bessernden Wirtschaftslage — höhere Steuerbeträge erwarten läßt. Wenn man das berücksichtigt und wenn man dazu die Ueberfälle des ersten verfallenen Jahres 1924 auf diesen Haushalt verrechnet, so läßt sich das scheinbare Defizit von rund 22 Millionen, das sich aus dem Fortfall der geplanten Steuererhöhungen ergeben würde, zu einem großen Teile decken. Der Rest muß dadurch ausgebracht werden, daß Straßenbahn und Wasserwerke noch soviel von ihren Einnahmen abgeben, wie sie ohne eine Erhöhung ihrer Tarife gerade noch erübrigen können.

Es ist zu erwarten, daß auf dieser Basis sich eine große Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung für die Verabschiedung des Etats zusammensuchen wird. Man darf nur gespannt sein, wie sich die „unentwegten“ Flügelparteien des Parlamentes, die sich bisher in der struppelosen Bekämpfung der Sozialdemokratie ebenso einig waren wie in der Ablehnung des Etats, zu diesem Ergebnis stellen werden. Sie hatten allzu deutlich schon die Wolge „Steuererhöhungen“ auf das Grammophon ihrer Agitation aufgelegt — und nun hat ihnen die böse Sozialdemokratie diesen Gesellen nicht getan! Der Etat balanciert — auch ohne Steuererhöhungen. Und die dringenden Aufgaben sozialer und kultureller Kommunalpolitik können auch erfüllt werden. Keine Gewerbesteuererhöhung — also keine Belastung des Konsums durch die Schuld der Stadt. Keine Grundsteuererhöhung — also keine weitere Mieterhöhung durch die Schuld der Stadt. Keine Erhöhung der Hundesteuer. Und das alles hat die Sozialdemokratie durch ihre ziel- und verantwortungsbewusste Arbeit im Rathause in erster Linie zu Stande gebracht. Hilf, heilige Demagogie — wo ist noch ein Grund für die Mißgunst des Staats? Wo eine Waise zum Ranipf gegen „rote Mißwirtschaft“ oder gegen „Arbeiterverräter“?

Die Wahrheit marschiert. Und die Sozialdemokratie mit ihr.

Nun erst recht!

Nationalsozialistische Provokationen.

Die nationalsozialistischen Abgeordneten Dietrich und Haake veranstalteten gestern Abend eine Wählerversammlung, in der auch Dr. Goebbels eine volle Stunde als Diskussionsredner sprach. Im Anschluß an die Versammlung veranstalteten die Versammlungsteilnehmer einen Umzug. Von der Landsberger Straße zog ein Trupp von circa 50 Mann zum Alexanderplatz. Unterwegs pöbelten die — meist jugendlichen — Demonstranten das Publikum mehrfach an, ohne daß die Polizei einschritt. In der Königstraße fielen die Rowdys über den Kassierer des Reichsbanners Gau Berlin, Brandenburg, Genossen Martin Schneider, her und schlugen auf ihn ein. Durch das Zwischentreten beherzter Passanten wurde Genosse Schneider geschützt. Das herbeigerufene Ueberfallkommando konnte die Rowdys, die längst das Weite gesucht hatten, nicht mehr ergreifen. Genosse Schneider hat glücklicherweise keine ernstlichen Verletzungen erhalten. Unentgeltlich für die Bewohner des Straßbezirks am Alexanderplatz ist, daß das Ueberfallauto immer erst von der Polizeiinspektion Friedrichshain geholt werden muß, da am Alexanderplatz kein Ueberfallauto stationiert ist. Bezeichnend ist auch, daß die Demonstranten wohl in Zivil waren, aber ihre Abzeichen trugen, teilweise mit der Aufschrift „Nun erst recht“. Sollte diese Parole ein Mahnung an die Republik sein, nun erst recht — gegen völkische Rowdys vorzugehen? Richtig scheint die Mahnung nach den gestrigen Vorgängen in der Tat zu sein.

Der Kadaw um Pfarrer Stude.

Die bei den Tumulten in der gestrigen Reichsbannerversammlung verhafteten Nationalsozialisten sind heute vormittag vernommen worden. Da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, bleiben die 30 Nationalsozialisten bis morgen in Haft. Soweit den einzelnen Straftaten nachgewiesen sind, werden sie morgen dem Schnellrichter zugewiesen und abgeurteilt.

Der Polizeipräsident teilt zu diesen Vorgängen folgendes mit: Die Kameradschaft „Hanja“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte am gestrigen Donnerstag in der Rengel-Realschule, Schleswiger Ufer 13, eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der etwa 100 Mitglieder der aufgelösten Berliner Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erschienen waren. Als Pfarrer Stude über das Thema „Eine halbe Stunde unter Dr. Goebbels Nationalsozialisten“ sprach, wurde er durch lärmende Zwischenrufe aus den Reihen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unterbrochen, deren Anhänger auch durch tätliche Angriffe auf die übrigen Versammlungsteilnehmer die Fortsetzung der Versammlung zu verhindern versuchten. Es wurden insgesamt 32 Nationalsozialisten, darunter eine Frau, wegen Verstoßes der Versammlungspolizei polizeilich festgenommen und in die Abteilung IA eingeliefert. Bei ihnen wurden zwei Dietrichs, ein selbstgebendes Messer, ein Schlagring und ein Schraubenschlüssel beschlagnahmt. Die Festgenommenen, von denen ein Teil der Polizei bereits aus früheren Vorfällen ähnlicher Art bekannt ist, werden nach ihrer Vernehmung dem Richter vorgeführt werden.

Das Kasseler Unglück.

Die Untersuchung.

Kassel, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Untersuchung des schweren Straßenbahnunglücks erstreckt sich jetzt vor allem auf die Frage, ob es einem Knaben möglich war, die Sperre links der mit aller Kraft angezogenen Bremse zu lösen. Interessant ist ferner die Tatsache, daß es bisher noch nicht gelungen ist, den angeblichen Berufsführer dieser Katastrophe zu finden. Der Zustand der Verletzten gibt heute zu Besorgnissen keinen Anlaß mehr. Im übrigen wird berichtet, daß dem Fahrpersonal an den Haltestellen nur vier Minuten Zeit gestattet sind, in denen sie ihre persönlichen Bedürfnisse erledigen, aber auch rangieren sollen. Es ist durchaus möglich, daß diese kurze Zeitspanne die beiden in Frage kommenden Beamten veranlaßt hat, auf die Bestimmung, daß die Wagen an den Haltestellen nicht ohne Aufsicht gelassen werden dürfen, nicht beachtet haben. Auch diese Frage wird in den Kreis der Untersuchung einbezogen werden.

Der Norddeutsche Wollkonzern reingefallen.

Die einstweilige Verfügung kostenpflichtig aufgehoben.
 Leipzig, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Kampf im Konzern der Norddeutschen Woll- und Kammgarnspinnerei wurde wie in Hamburg so auch in Leipzig Anfang Mai von der 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig in Sachen der Firma Mittel und Krüger eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach es dem Zentralverband unter Strafandrohung verboten wurde, die Arbeiter der Firma, die Streikarbeit der bestreikten Konzernbetriebe abzuholen und in einen Sympathiestreik einzusetzen waren, durch irgendwelche Mittel zu unterstützen. Gegen diesen brutalen Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter wurde sofort Einspruch erhoben. Bereits am 13. Mai beschästigte sich die Zivilkammer als Berufungsinstanz mit der Frage. Das Urteil war auf Freitag, dem 20. Mai, verlagert worden. Zur Urteilsverkündung hatte sich eine große Anzahl streikender Arbeiter im Gerichtssaal eingefunden. Das Urteil hob die Verfügung der ersten Instanz auf. Die gewöhnlich nicht geringen Kosten hat der Antragsteller, also die Firma zu tragen. Über den großen Umfang der einstweiligen Verfügungen wird noch zu reden sein.

Der Streik der Töpfer geht weiter.

Es sei denn, die Unternehmer überlegen es sich.

Auf Vermittlung des Schlichters Wissell waren am Freitag nach fünfzehntägiger Dauer des Töpferstreiks die Parteien zu einer Verhandlung zusammengekommen, die sich infolge der Verbitterung beider Parteien äußerst schwierig gestaltete und noch zu keinem abschließenden Ergebnis führte.

Der Schlichter fragte die Parteien, ob sie bereit seien, einen von ihm geschlichten Schiedsspruch bindend anzuerkennen. Die Verhandlungskommission der Töpfer erklärte darauf, daß sie sich nur einem Schiedsspruch unterwerfen würde, der festlegt, daß erstens der Tariflohn von 1,30 M. auf 1,65 M. und der Akkordzuschlag von 133 Proz. auf 150 Proz. erhöht wird und daß zweitens der Akkordzuschlag vorläufig auf den alten Akkordtarif und nach Brücklegung des neuen, wie er in den bisherigen Verhandlungen abgeändert worden ist, gezahlt werden muß. Ebenfalls verlangt wurde, daß, wenn eine Vereinbarung bis über den 30. September hinaus getroffen werden soll, der Tariflohn auf 1,70 M. erhöht wird und der Akkordzuschlag 155 Proz. auf den neuen Akkordtarif betragen müsse. Weiter wurde gefordert, daß der Schiedsspruch die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises vorsieht und die Unternehmer verpflichtet, nach Beendigung des Kampfes in Verhandlungen einzutreten über die Regelung der Beurlaubungsfrage.

Die Unternehmer erklärten, daß sie nur bereit seien, mit dem Bauernverband den gleichen Tarif abzuschließen wie mit dem Verein der Töpfer. Trotz dieser Erklärung waren sie aber bereit, den Vorschlag ihrer Vorstandsführung zu unterbreiten und sich erst nachher endgültig zu entscheiden.

Über dieses Verhandlungsergebnis berichtete heute vormittag in einer überfüllten Streikversammlung der im Bauernverband organisierten Töpfer der Sachgruppenleiter Johnson, der im Anschluß an seinen Bericht mitteilte, daß es den arbeitswilligen Mitgliedern des Sozialvereins infolge der Wachsamkeit der Streikenden und der müßtergültigen Solidarität der übrigen Bauernarbeiter nicht gelungen ist, die Arbeit aufzunehmen.

In der anschließenden äußerst sachlichen Diskussion wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Streikenden nicht

gewillt sind, von der Forderung abzugehen, die ihre Verhandlungskommission aufgestellt und vertreten hat. Die Diskussion fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die den Willen der Streikenden bekundet, im Kampf solange auszuharren, bis ihre Forderungen restlos bewilligt sind.

Einigung im Lebensmittelgroßhandel.

Verbesserung des Schiedsspruchs.

Am Montag wurde vor dem Schlichter über den Antrag der Unternehmer des Lebensmittelgroßhandels verhandelt, einen vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch verbindlich zu erklären, der zwar bis zum 30. September eine generelle Lohnerhöhung von 2 M. pro Woche vorsah, zugleich aber auch die unbezahlten Überstunden bis zum gleichen Termin verlängerte.

Während die Unternehmer die Notwendigkeit der Verbindlichkeitserklärung mit dem „Interesse der Berliner Bevölkerung“ begründeten, betonten die Arbeitervertreter, daß sie schon im Falle eines Streikes dafür sorgen würden, daß die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht unterbrochen würde. Nach längeren Verhandlungen kam es schließlich zu einem Vergleich, wonach die Löhne für sämtliche Arbeiter ab 7. Mai um 3 M. und ab 1. Oktober um eine weitere Mark erhöht werden. Ebenfalls vereinbart wurde, daß die Überstunden der Arbeiter für die bisher kein besonderer Zuschlag gezahlt wurde, ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt werden muß und die Pauschale des Fahrpersonals für die Abgeltung der Überstunden von 12 1/2 Proz. auf 15 Proz. erhöht wird. Die Unternehmer verpflichteten sich, dafür zu sorgen, daß in keinem Betriebe mehr Überstunden verlangt werden, die dem Geiste der Vereinbarung widersprechen, und erklärten sich bereit, gegen jedes ihnen von der Organisation gemeldete Überstundenunwesen energisch einzuschreiten. Durch diesen Vergleich ist der drohende Streik im Berliner Lebensmittelgroßhandel in letzter Stunde verhindert worden.

Im Raiffeisargroßhandel, wo über die Forderung der Arbeiter auf eine 15prozentige Lohnerhöhung in freier Verhandlung keine Einigung erzielt werden konnte, sind am nächsten Montag Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Schiedsspruch für den sächsischen Bergbau.

Der Schiedsspruch für den sächsischen Steinkohlenbergbau sieht folgende Lohnregelung mit Wirkung vom 1. Mai ab vor: Der Grundlohn für die Arbeiter unter Tage im Alter von 24 Jahren und darüber wird von 3,45 auf 3,55 M., für die übrigen Arbeiterklassen im entsprechenden Verhältnis erhöht. Der Mindestlohn (Lohnstufe I) beträgt pro Schicht 5,89 M. Der Lohn der Polthauer soll bei normaler Leistung im Durchschnitt des gesamten Tarifgebietes 7,10 M. betragen. Der Grundlohn für die über Tage beschäftigten Arbeiter im Alter von 24 Jahren und darüber wird von 3,30 auf 3,40 M., für die übrigen Altersklassen im entsprechenden Verhältnis erhöht. Die Zuschläge bleiben wie bisher bestehen.

Zur Abgeltung der nach § 6a des Arbeitszeitgesetzes zu schuldspflichtigen Mehrarbeit wird mit Wirkung vom 1. Juli ab die über 8 Stunden hinaus täglich tatsächlich geleistete Arbeit mit einem Lohnzuschlag von 15 Proz. von einem Neuntel des für 9 Stunden zu zahlenden Schichtlohnes; b) für die 10. Stunde mit einem Zuschlag von 25 Proz. von einem Zehntel des für 10 Stunden zu zahlenden Schichtlohnes.

Diese Regelung gilt bis auf weiteres. Sie ist erstmalig zum 30. April 1928 mit Monatsfrist kündbar. Die Erlösungsfrist läuft bis zum 21. Mai 1927.

Lohnabkommen für die Staatsforsten.

Zwischen der preussischen Staatsforstverwaltung als Arbeitgeberin für den Bereich der preussischen Staatsforsten und dem Deutschen Landarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Landarbeiter ist ein neues Lohnabkommen getroffen worden. Es gilt vom 16. Mai 1927 ab und sieht für die voll arbeitsfähigen Arbeiter folgende Spitzlöhne vor: für Arbeiter über 24 Jahre 51 Pf., von 21—24 Jahren 47 Pf., von 18—21 Jahren 41 Pf. und von 16—18 Jahren 39 Pf. Die Spitzlöhne für voll arbeitsfähige Arbeiterinnen betragen über 18 Jahre 35 Pf., von 16—18 Jahren 28 Pf., unter 16 Jahren 21 Pf. Für Akkordarbeiter sind für die vom 16. Mai 1927 an geleisteten Arbeiten die Lohnsätze unter Zugrundelegung des vorstehend genannten Stundenlohnes des voll arbeitsfähigen Arbeiters von 21—24 Jahren neu zu vereinbaren. Der Kinderzuschlag (§ 5) und der Frauenzuschlag (§ 6) betragen mit Wirkung vom 16. Mai ab je 3 Pf. für die Arbeitsstunde.

Die Hege der deutschnationalen Presse gegen die preussischen Staatsforstarbeiter hat also auf den preussischen Landwirtschaftsminister keinen Eindruck gemacht. Die Agrarier erklären, in den fiskalischen und in den an die fiskalischen Wälder angrenzenden Privatforsten habe der Lohn der Staatsforstarbeiter eine Höhe erreicht, die zu lebhaften Bedenken Anlaß gebe. Dabei lagen in Wirklichkeit die Dinge so, daß der preussische Staatsforstarbeiter über 24 Jahre für die schwere Arbeit in der ersten Lohnklasse einen Stundenlohn von 44 Pf. erhielt. Die Lohnsätze reichten nicht an die für die Reichsarbeiter vorgesehenen Sätze heran, sie fielen auch kaum einen Vergleich mit den Lohnsätzen in anderen Staatsforsten und in einer ganzen Reihe von Privatforsten aus.

Drohender Streik der Gemeindeforstarbeiter des Rhein-Maingaus.

Frankfurt a. M., 19. Mai. (Z.N.) Heute abend beschloß die Gemeinde- und Staatsarbeiter in einer Mitgliederversammlung, am Freitag in den Streik zu treten, falls der von der Frankfurter Bezirks-Schiedsstelle gefällte Schiedsspruch, der von dem Zentralausschuß für kommunale Arbeiter-Tariffragen umgehoben wurde, nicht wiederhergestellt wird. Verhandlungen finden Freitag mittag um 12 Uhr in Karlsruhe statt. Wenn sie nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, treten die Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frankfurt a. M. sowohl wie in dem gesamten Rhein-Mainischen Bezirk in den Streik. Insgesamt kommen 12.000 Arbeiter in Frage.

Rundgebung der Saarbergarbeiter.

Saarbrücken, 19. Mai. (Z.N.) Tausende von Bergarbeitern legten heute ohne Anweisung der Organisationen die Arbeit nieder und veranstalteten einen Umzug in der Stadt vor der Regierungskommission und vor dem Rathaus und eine Protestversammlung gegen die allgemeine wirtschaftliche Notlage im allgemeinen und im Bergbau im besonderen. Der Grund der Unzufriedenheit liegt darin, daß die Bergverwaltung bekanntlich einen zehnprozentigen Lohnabbau vorgenommen und außerdem zahllose Feiertage eingelegt hat, so daß beim heutigen Hauptlohntag manche Bergarbeiter, die bereits Vorkasse erhalten oder Baudarlehen an die Grubenverwaltung abbezahlt hatten, wenig oder gar keinen Lohn mehr erhalten haben. Die Organisationen haben Schritte zur Milderung der trostlosen Lage bei den zuständigen Stellen eingeleitet.

Verantwortlich für Text: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbier; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Caspar; Kullstücken: R. S. Schärer; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glade; Familien in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Sommerkleidung

für Straße und Sport
 Große Auswahl * Niedrigste Preise



- Sakko-Anzug 63.—
- Sakko-Anzug 69.—
- Sakko-Anzug 89.—
- Sakko-Anzug 97.—
- Sakko-Anzug 106.—
- Sakko-Anzug 128.—

- Sport-Anzüge 47.—
- Sport-Anzüge 69.—
- Lüster-Anzug 36.—
- Lüster-Sakkos 7.—
- Weißer Hosen 6.50
- Tennis-Hosen 20.—

- Tennis-Hosen 17.—
- Gabardine-Mäntel 52.—
- Gummi-Mäntel 14.50
- Loden-Mäntel 22.—
- Wetter-Mäntel 19.—
- Wetter-Mäntel 36.—

- Jüngerl. Wasch-Anz. 12.50
- Jüngerl. Sport-Anz. 33.—
- Jüngerl. Sakko-Anz. 39.—
- Kieler Anzug 4.25
- Kieler Anzug 6.—
- Kieler Anzug 11.50

Leineweber

Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

Linden-Eck
 Lindenstraße Ecke Ritterstraße
Eigene Haus-Schlächterei
 Mittagstisch von 12-6 Uhr von 60 Pf. an
 Die gute Küche!
 Gut gepflegte Bierel
 Molle 20 Pf.
Ab 4 Uhr Konzert!

Volks-Filmbühne
 Bergstr. 147 NEUKÖLLN Bergstr. 147
 Vom Freitag, den 20. bis Sonntag, den 22. Mai
Erstaufführung
 des neuesten russischen Großfilms
Der Schleier fällt!
 (Das erwachende Turkestan)
 Der Kampf um die Gleichberechtigung der muhammedanischen Frauen in Russisch-Turkestan.
 Dazu:
Die Malfeler-Demonstrationen 1927 in Berlin
 und das weitere große Beiprogramm.
Eintritt auf allen Plätzen 0,80 M.
 bis zum Beginn der ersten Vorstellungen 0,60 Mark
 Verantwortl. Leitung: Arbeiter-Film-Genossenschaft e.G.m.b.H.

Für starke Beanspruchung
 Für schlechtes Wetter
 Für Sport und Wanderungen
Bähr-Stiefel
 die Sie jahrelang tragen können
 Haferlschuhe
 Reformschuhe Bähr's Lederöl
H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7
 Mitglieder der SPD. und Reichsbanner 10% Rabatt

Musikaufträge
 überläßt man nur dem Stadtwais des Deutschen Musikerverbands, Berlin, Rembrandtstr. 63/64. Telefon 8277-78
 Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr
 Auf Wunsch: Vertreterbesuch

M. Schulmeister
 Berlin
 Nur eigenes Fabrikat!

Der fesche Ulster fertig am Lager!
 34.—, 39.—, 45.—, 49.—, 59.—, 69.—, 79.—, 89.—, 98.—
Regen-Mäntel garantiert wasserdicht
 17.50, 24.—, 26.—, 29.—, 32.—, 39.—, 49.—

Berliner Prater
 Kastanien-Allee 7-9
 Sonntag, 22. Mai 1927
Extra große Garten-Vorstellung
 Konzert — Theater — Varieté
 Kaffeeküche — Tanz

Dörffler
 WÜRSTCHEN * BOCKWURST
 Etwas ganz Besonderes!

Kulturarbeit

Die 14 bis 16-Jährigen.

Von Kurt Löwenstein.

Unter den Problemen der Erwerbslosigkeit nimmt die Berufslosigkeit der Vierzehn- bis Sechzehnjährigen eine besondere Stellung ein. Kein psychologisch ist der Sprung des ungebundenen Ueberflüssigkeit des berufslosen Schulentlassenen unerträglich. Die Schule bindet diese Jugendlichen an einen festgelegten Plan der Tageseinteilung. Das ganze System schulmäßiger Beurteilungen gibt dem Leben Werte und nuanciert es mit den mannigfaltigen Graden von Lob und Tadel, von Strafe und Belohnung. Autoritativ ist die Zeiteinteilung, ist der Aufgabekreis bestimmt und wird die gesamte Lebensführung geregelt. Dann kommt plötzlich der Sprung. Für den Jugendlichen gibt es kaum eine Beschäftigung mehr, für das Mädel nur noch Ergänzungsarbeit im Haushalt. Dazu kommt das Suchen nach Arbeit mit all seinen verlotternden Wirkungen.

Der berufslose Jugendliche

In diesem Alter gilt in der Familie nichts, er wird nur als lästig und überflüssig gewertet. Die Jugendlichen fühlen sich daher zu Hause nicht wohl, die Straße, der Spiel- und Kummelplatz werden ihre Zufluchtsstätten, und Verwahrlosung und Vagabundentum wird ihr Schicksal. Vom Arbeitsministerium bis zu den Jugendämtern kennt man dieses Problem, aber man ist meist schon froh, wenn man die Jugendlichen durch Veranstaltungen von Wanderungen, Lichtspielvorstellungen, Sportveranstaltungen von der Straße wegringt. Das ist natürlich keine Lösung des Problems, und der Erfolg dieser Bemühungen steht meist in keinem Verhältnis zu den Kosten, die sie verursachen.

Von den Gewerkschaften ist in letzter Zeit das Problem auch von der Seite der Entlastung des Arbeitsmarktes gesehen worden. Besonders bei der andauernden Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Erwerbslosigkeit liegt der Gedanke nahe, die Vierzehn- bis Sechzehnjährigen überhaupt noch vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und sie noch in der Schulpflicht zu belassen. Es wird daher die Forderung der

Erweiterung der Schulpflicht

um zwei Jahre diskutiert. Man weist mit Recht darauf hin, daß auf die Entwicklung unserer Vierzehn- bis Sechzehnjährigen der Krieg verhängnisvoll eingewirkt hat. Der rein körperliche Zustand dieser Jugendlichen ist in weitem Umfange so, daß sie die Einspannung in harte körperliche Arbeit eines Berufes noch nicht vertragen können. Auch in ihrer geistigen Entwicklung und in ihrer sittlichen Disziplin haben sie die Kriegs- und Inflationsfolgen noch nicht überwunden. All diese Ueberlegungen rechtfertigen die Forderung der Erweiterung der Schulpflicht und jugendpflegerische wie gesundheitliche Maßnahmen. Es gehört mit zu den krassen Widersprüchen unserer bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß man die für die Beseitigung dieser Mißstände notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stellt, daß man aber für den eigenen Schutz Polizeigesetze wie die der Bewahrung der Jugendlichen vor Schmutz- und Schandschriften und bei Lustbarkeiten macht.

Doch das Problem dieser Vierzehn- bis Sechzehnjährigen hat nicht nur augenblickliche Bedeutung. Das Elend dieser Berufslosigkeit ist zwar die nächste Veranlassung dafür, daß etwas geschehen muß, die eigentliche gesellschaftliche Ursache des Problems aber liegt tiefer. Sie ist darin zu suchen, daß die Lebensausrüstung des Jugendlichen heute eine andere sein muß als sie noch vor Jahrzehnten notwendig war. Der

Typ des künftigen Arbeiters

ist nicht der durch eine handwerkliche Tätigkeit hindurchgegangene Geselle, sondern der qualifizierte angelernte Arbeiter. Es gibt zwar heute noch eine große Anzahl von Lehrstellen, vielfach sogar eine Lehrlingszucht, die das Heer der Erwerbslosen vermehrt, doch die meisten Lehrlinge sind in dem Augenblicke, wo sie angelernt haben, erwerbslos, und es hängt dann von dem Grade ihrer Anpassungsfähigkeit ab, ob sie fähig sind, als gelernte Arbeiter umzufaßeln. Es liegt überhaupt im Wesen der rationalisierten Technik, daß sie anpassungsfähige Arbeiter braucht. Es ist ein ernstes psychologisches und pädagogisches Problem, das besonders die Arbeiterklasse angeht, daß diese jungen Arbeiter nicht nur wie in der Dinta und anderen Wirtschaftsschulen für die Ausbeutung reif gemacht werden, sondern daß sie wirtschaftliche und gesellschaftliche Schulung besitzen, um in organisierter Disziplin und mit genügend wirtschaftlicher Einsicht

Sich der Ausbeutung widersetzen

können. Auch durch die gesamte Entwicklung von der privaten Lebens- und Arbeitsgestaltung zur öffentlichen liegt eine unabwiesbare Notwendigkeit zu größerem gesellschaftlichen Handeln und zu klarerem und organisierterem gesellschaftlichen Handeln. Kurzum, die bisherige Volksschulbildung reicht als Vorbildung für das Leben nicht mehr aus. Eine Erweiterung der sogenannten allgemeinen Bildung, die die Volksschule übermitteln soll, würde die Aufgabe, die hier gestellt worden ist, nicht lösen, ganz abgesehen davon, daß rein psychologisch diese „allgemeine Bildung“ den Vierzehn- bis Sechzehnjährigen durchaus nicht liegt. Der Inhalt dieser erweiterten Schulpflicht muß vielmehr praktisch und auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse eingestellt werden. Wir brauchen eine Vorkursbildung für den künftigen Arbeiter und Menschen des öffentlichen Lebens. Im Mittelpunkt muß die werksmäßige Betätigung stehen, nicht so sehr, um die Lehrwerkstätte für einen bestimmten Beruf zu bilden, sondern vielmehr, um eine mannigfaltige Geschicklichkeit und Auslockerung zu erzielen. Es gehört ferner in diese Ausbildung die Schulung zum technischen und wirtschaftlichen Denken. Es gehört dazu die Orientierung über die soziale Pflicht- und Rechtssphäre. Es gehört dazu die Kenntnis gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge. Kurzum, das gesamte Gebiet des

Tätigmachens für das Leben

der Arbeit und der Gesellschaft. Es braucht kaum erwähnt

Die Kultur der Arbeiterwohnung.

Nur von der Wohnungskultur des Proletariats soll hier die Rede sein; denn sie ist von der Wohnungskultur der Wohlhabenden durchaus verschieden. Nicht nur, daß in beiden Fällen ganz andere Lebensbedingungen die Wohnräume schufen, auch ihre Zweckhaftigkeit ist eine durchaus unterschiedliche. Die Arbeiterwohnung muß ganz auf Sachlichkeit gestellt sein. Die Wohnung dagegen, die reichlich überflüssigen Raum aufweist, hat eben auch Platz für das Ueberflüssige, das, von einem geschulten Kunstgeschmack und einem gefüllten Geldbeutel gewöhnt, durchaus den Stempel der Kultur tragen kann.

Der Arbeiter hat in seiner Wohnung keinen überflüssigen Platz; gegenwärtig sogar häufig nicht einmal ausreichenden. Fast scheint es da vernünftiger, ihm von Wohnungskultur sprechen zu wollen. In dünnen, dem Regen und Wind freie Bahn bietenden Sommerlauben von vier bis sechs Quadratmeter Flächenraum haufen oft jahraus, jahrein vielköpfige Familien, Kaffe, ewig dämmerige Keller, in die nie ein Sonnenstrahl dringt, beherbergen von Gicht und Rheumatismus gekrümmte Alte, rachitische und strotzende Kinder, schwer tuberkulöse Männer und Frauen. Wohnungen, die aus Stube und Küche bestehen, sind oft nicht nur das „Heim“ für Eltern und zahlreiche Kinder, sondern auch noch für einen oder mehrere Schlafgänger. Und auf dem Lande dienen nicht selten Baracken, die als Viehställe unbrauchbar wären, als Obdach für die Outsarbeiter. Angefächelt dieser Verhältnisse muß jeder Arbeiter Wohnungskultur vorstücken. Sie sind eine Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung, fürchterlicher, als alle Verbrechen aus Not, als alle Selbstmorde sie erheben können. Das Vegetieren und langsame Absterben in solchen Wohnhöhlen läßt die Menschen häufig in dumpfer Resignation ihren geistigen und körperlichen Verfall mit ansehen. Sie lösen sich allmählich heraus aus dem tätigen Ringen ihrer Mitmenschen um bessere, menschenwürdigere Lebensverhältnisse, die sie für sich nicht mehr erhoffen können. Und neben Brutstätten für Volksfeinden aller Art, für geistige Verblödung und Entartung werden diese elenden Behausungen auch in vielen Fällen die Brutstätten des Berufsverbrechens. Erst eine wahrhafte Gesellschaftskultur vermag diesen Unglücklichen eine Wohnungskultur zu bringen.

Wie steht es aber mit jenen Arbeitern, die eine verhältnismäßig bessere Wohnung ihr eigen nennen? An Platz mangelt es gewöhnlich auch hier; denn Wohnraum kostet heute sehr viel Geld. Der Durchschnitt der Arbeiter wird schon zufrieden sein, wenn er bei nicht zu zahlreicher Familie eine Wohnung von einem bis zwei Zimmern sein eigen nennen darf. Dabei wird in dieser Wohnung dann nicht nur gewohnt und geschlafen, sondern auch die Wäsche gewaschen und oft noch Heimarbeit geleistet. Die Wohnung stellt also reiflos Gebrauchsraum dar. Von der Kleinbeamtensehnsucht der Vorkriegszeit nach der „Guten Stube“, die damals auch in Arbeiterkreisen manche Anhänger fand, sind wir glücklich abgekommen. Dieses Zimmer, oft das größte und hellste der Wohnung, das immer ungeheizt blieb und kaum an irgendwelchen Festtagen betreten

wurde, während die Familie sich auf einen engen Raum beschränkte, war eine Sünde an der Gesundheit. Restlos ausgerottet ist seine Idee aber noch immer nicht. Häufig nimmt noch heute eine bescheidene Kammer, deren Fenster im Winter kaum geöffnet werden, soviele Betten auf, wie irgend hineingehen wollen, nur damit das Wohnzimmer, das ohnehin wegen der Heizungskosten nur im Sommer benutzt wird, sich ohne Betten präsentiert. Wohnungskultur des Arbeiters aber fordert zu allererst ein Bekenntnis zu Licht und Luft. Der Arbeiter ist oft die längste Zeit schlafend in seiner Wohnung. Jedenfalls ist der Schlaf seine wesentlichste Ruhepause, die ihm aber nur dann richtig dienen kann, wenn er sie so vernunftgemäß wie möglich verbringt. Die Betten in der Wohnung sollen also so verteilt werden, daß eine hinreichende Menge reiner Luft den Schlafenden zur Verfügung steht. Der erste Grundsatz jeder Wohnungskultur heißt: die Wohnung dient den Menschen; nicht: die Menschen dienen der Wohnung.

Für die Arbeiterwohnung heißt das also absolute Sachlichkeit. Heraus mit allen Rippenstücken, mit allen goldgerahmten Decken und gestickten Wandbekleidungen, mit allen Herddecken und Fensterbänken aus Stoff, die das Licht absperren und unnötige Staubfänger sind! Herunter auch mit allen kunstvoll geschmückten Tischdecken, mit allen Schränken und Betten, herunter mit dem mit unverwundbarem Kram behängten Küchenrahmen! Sachliche, schlicht und gegebenenfalls geputzte Möbel, die sich schon von verschiedenen Wertstufen hergestellt werden, dürften den meisten Arbeiterfamilien unerwünscht sein. Aber auch schon solche Aufräumungsarbeit kann zu recht erfreulichen Erfolgen führen. Einfach farbig gestrichene Wände, die man, besonders wenn die Möbel sehr dicht stehen, höchstens mit einem oder zwei guten Bildern schmücken soll, ein nur mit einem hellen Vorhang bedecktes Fenster, können eine unruhige, unbehagliche Wohnung schon in ein Heim von wirklicher Kultur verwandeln. Decken sollten nur da liegen, wo sie unbedingt nötig sind, und stets waschbar sein. Außerdem aber ist ein Eßtisch mit geschweifter Platte, die vielleicht ein Feldblumenstrauß oder ein grüner Zweig vom Sonntagspaziergang schmückt, wesentlich schöner als einer mit unsauberem Tischtuch.

Es liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, daß in der kalten Jahreszeit das häusliche Leben des Arbeiters sich in der Küche abspielt. Der Herd, auf dem gekocht wird, erwärmt hier den Raum und erspart unnötige Ausgaben für Feuerung. Doch man eine Wohnküche nur durch Sachlichkeit, nicht durch gestickte und gehäkelte Garnierungen an Brettern und Schränken und durch schleichendgeschmücktes überflüssiges Geschirr behaglich gestalten kann, sollte allen klar sein. Außerdem ist es nötig, im Arbeiterhaushalt jede überflüssige Arbeit auszuschalten. Die Zeit ist dafür zu kostbar. Dient sie nicht der unmittelbaren Sorge für die Familie, so soll sie der Gesundheit oder der geistigen Bildung zugute kommen. Arbeiterwohnungskultur ist daher ein wesentlicher Teil der gesamten Arbeiterkultur. Trude E. Schufz.

Die sozialistischen Studenten Oesterreichs.

Am 14. und 15. Mai fand in Wien der diesjährige Verbandstag des Verbandes der sozialistischen Studenten Oesterreichs statt. Auf der Tagesordnung standen außer den Tätigkeitsberichten und Wahlen drei Referate. Ueber „Hochschule und Hochschulreform im politischen Kampf der Gegenwart“ referierte Rudolf Bohmann (Verbandsobmann und Vorsitzender der Internationalen Sozialistischen Studentenföderation, ISSF); Start sprach über „Die Entwicklung der sozialistischen Studentenbewegung seit dem Umsturz“. Das letzte Referat hielt Altman über „Die Aufgaben der sozialistischen Studentenbewegung“.

Noch in aller Erinnerung sind die Krawalle und hochschulpolitischen Kämpfe des vergangenen und laufenden Jahres. Der Kreis VIII der „Deutschen Studentenschaft“ (D.St.) hatte sich aufgeworfen zum Hüter der „deutschen Belange“ und hatte es verstanden, mit den Mitteln der reichsdeutschen Studenten eine antisemitische Hege zu betreiben, um dann zu versuchen, diese Propaganda in die Wirklichkeit umzusetzen und an den Hochschulen eine völkische Terrorherrschaft aufzurichten. Aber diese Vergiftung der akademischen Jugend und diese Gewalttaten ließen sich die sozialistischen Studenten nicht gefallen und trafen verschiedene Gegenmaßnahmen.

Dieser Abwehrkampf ist jetzt abgeschlossen und die sozialistische Studentenschaft hat auf der ganzen Linie die Offensive ergriffen. Ist Begeisterung und Temperament ein besonderes Vorrecht der Jugend, so wird man die Stimmung des Verbandstages erst dann richtig würdigen können, wenn man bedenkt, daß die junge Akademikerchaft noch unter dem Eindruck des Wahlsieges stand, an dem sie einen nicht geringen Anteil hat. Dieses kam wiederholt zum Ausdruck bei den Begrüßungsansprachen der verschiedensten Organisationen, und die Glückwünsche gelten nicht nur den bisherigen Erfolgen der Jungadamer, sondern aus allem sprach die feste Zuversicht, daß es jetzt gelingen wird, die Vorherrschaft der D.St. zu brechen mit den Mitteln eines neuen Studentenrechts.

Bisher war es so, daß nur die Angehörigen der völkischen Verbände als akademische Bürger galten. Ihre Organisationen genießen die weitestgehenden Vorrechte und die anderen Studenten müssen wehrlos zusehen, wenn die Organe dieser Verbände sich hoheitsrechtliche Funktionen anmaßen und ausüben. Leider haben der Rektor und die akademischen Behörden diesen Zustand legalisiert durch ihr Verhalten und noch im letzten Monat hat der Rektor versucht, durch Anschlag eines neuen Vereinsrechtes diese Terrorisierung zu unterstützen.

Die sozialistischen Studenten haben jetzt durch ihre Freunde im Nationalrat einen Antrag einbringen lassen betreffend die Regelung des Studentenrechts, der fast gleichlautend ist mit der preussischen Verordnung. Dadurch soll eine Demokratisierung des Studentenrechts durchgeführt werden, und, wie in Deutschland, allgemeine Studentenklammern eingeführt werden, in die alle deutschen Studenten wählen und die die Interessen der Gesamtheit der Studierenden zu vertreten haben.

Dadurch werden natürlich die jetzt bestehenden Scheinkammern aufgehoben und jedermann wird verstehen, wenn sich die völkischen und reaktionären Verbände der D.St. dagegen auflehnen, bedeutet ja die Durchführung des Gesetzes das Ende der völkischen Kleinherrenschaft der D.St. Aber im Interesse des hochschulpolitischen Lebens nicht nur Oesterreichs, sondern auch im Interesse der Friedung des akademischen Lebens in Deutschland ist zu wünschen, daß der Kampf der sozialistischen Studenten Oesterreichs erfolgreich ist.

zu werden, daß diese Jahre in gesundheitlicher Hinsicht besondere Beachtung verdienen. Gesundheitliche Aufklärung und Gewöhnung und systematische Erziehung des Körpers müßten den Gesamtunterrichts- und Erziehungsplan durchsetzen. Vor allem aber müssen all diese Dinge praktisch angelegt sein, von den aktuellen Bedürfnissen dieser Jugendlichen ausgehen und zu Aufgaben führen, durch die diese Jugendlichen zu vollen, freien und selbständigen Menschen heranwachsen können.

Ehe wir dieses Problem nicht in seinem ganzen Umfange sehen werden und seine Lösung gründlich und systematisch versuchen, werden wir aus der bisherigen Quacksalberei nicht herauskommen. Wir Sozialdemokraten aber haben das größte Interesse daran, daß das Problem so stark die Öffentlichkeit beschäftigt, daß das Hinausschieben seiner Lösung unmöglich wird.

Vorbildliche städtische Volkskunstpflege.

Wenn man bedenkt, wie wenig eine Großstadt wie Berlin für die Hebung der Volkskultur tut, so wird man über die systematische Pflege der Volkskunst überrascht sein, die eine andere, viel kleinere Stadt treibt. Oslo, die Hauptstadt von Norwegen, das im Ganzen nicht so viele Einwohner hat, wie die eine Stadt Berlin, hat einen Weg gefunden, um große Mittel hierfür auszuwenden. Die Stadt ist nämlich Besitzerin aller Kinos! Und die Ueberflüsse dieser Betriebe werden planmäßig verwendet, um andere für die Volkskultur bedeutsame, aber jagen wir lieber bedeutsamere, Unternehmungen zu fördern. Zum Beispiel wird davon der Bau eines Volkstheaters und der Betrieb finanziert werden. Eine Volksbühne in unserem Sinne besteht hier nicht. Man mietet zweimal im Monat das Staatstheater für Sonntagnachmittag, wozu man ein geeignetes Stück aus dem Repertoire wählt und verkauft die Karten im „Volkshaus“ (Gewerkschaftshaus) an Arbeiter. Einen Einfluß auf den Spielplan hat man aber nicht! Das projektierte Volkstheater, dessen Grund und Boden, mitten in der Stadt, dicht am Volkshaus, schon erworben ist und dessen Baupläne schon ausgearbeitet sind, wird von den Ueberflüssen der Kinounternehmungen finanziert. Die Gemeinde hat annähernd 3 Millionen Kronen bewilligt, was ihr insofern leicht fällt, als z. B. allein in Oslo der Ueberfluß der Kinos im vergangenen Jahre rund 1 Million betrug!

Die Gemeindeverwaltung setzt sich zurzeit aus 84 Delegierten zusammen, davon sind 40 Mitglieder der nunmehr wieder vereinigten Arbeiterpartei, 42 gehören der Rechten an und 2 sind sogenannte Bürgerliche, d. h. Anhänger der christlichen Abstinenzbewegung. Die „Direktion“, wie man hier unseren „Auschuß“ nennt, besteht aus fünf Mitgliedern der Stadt, deren Vorsitzender der sozialistische Bürgermeister ist. Auch die Persönlichkeit, die die künstlerische Leitung des Volkstheaters übernehmen soll, ist schon bekannt. Da somit der Bauplatz gekauft ist und alle organisatorisch-künstlerischen Vorbereitungen im Gange, die Summen für Bau und Betrieb sichergestellt sind, wird man hoffentlich bald an die Arbeit gehen können. Es ist nur zu hoffen, daß der Bau auch in künstlerischer Hinsicht etwas Technisches wird, wie die Berliner Volksbühne. Denn man findet in der norwegischen Hauptstadt bisher noch keinerlei Monumentalbauten aus neuerer Zeit von irgendwelcher Originalität oder Eigenart der Bauempfindung. Auch die Grundlage der Volksbühnenidee wird hoffentlich beim Ausbau der Innenorganisation nutzbar gemacht werden.

Aber sehr bedauerlich bleibt es für uns, daß man nicht so rechtzeitig, wie in Oslo, verstanden hat, die Geldquelle der Kinos der Stadt nutzbar zu machen. 2.

Möbel Küchen

auf Teilzahlung
unter günstigsten Zahlungsbedingungen!
Schlaf-, Speise- u. Herren-Zimmer, Nußbaum- u. Einzelmöbel sowie Küchen, weiß und lasiert, zu enorm billigen Preisen und guter Verarbeitung.
Nur Garantie-Kleinstlohn-Material.
Möbelhaus Suchlich
Berlin S, Cottbuser Damm 77
am Hohenstaufenplatz. Telefon: 77, 79, 36, 47, 48. Bahngrundh. Hermannstraße.
Geöffnet von 8^{1/2} - 7 Uhr.

jetzt bedeutend billiger
„Erika“-Küchen 38 M. 70 M.
Küchen-Küche „Asa“ 70 M. 110 M.
Küchen-Küche „Marta“ 95 M. 145 M.
Küchen-Küche „Karl“ 125 M. 170 M.
Küchenschränke, 30 cm 38 M. 45 M.
Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserslein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Besonders würden sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Anlage des „Verkehrs“ und dadurch außerordentlich **billig!**

Ziehung 2. - 4. Juni

Kölnener Dombau - Geldlotterie

5000 Gewinne u. 1 Prämie = M.

| | |
|---------|--------|
| 200 000 | 75 000 |
| 100 000 | 25 000 |
| | 10 000 |

Höchstgewinn
Lose zu M. 3.
Heinz
Friedrichstr. 83, zwischen Behrenstraße und Unter den Linden.
Postcheckkonto Berlin 40221

Porto u. Liste } empfiehlt und versendet
auch unter Nachnahme
Staatliche
Lotterie - Einnahme
Berlin W 8

Gerhard Kohnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Zur Neueneinrichtung, Umzug oder Renovierung Ihrer Wohnung empfiehlt sich
Dekorateur Alfred Walter
Lager und Anfertigung von Dekorationen und Gardinen aller Art
Bett-, Tisch- u. Diwanddecken
äußerst billig nur
Neukölln, Seidower Str. 6
II. Etage, Kein Laden! Tel. Nkl. 2529

Arbeiter kaufen preiswert
Strümpfe, Trikotagen, Wäsche, Berufskleidung
bei Argowitz, Strausberger Str. 23

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Groß-Destillation zum weißen Hirsch
Wilhelm Reimann [38]
Cottbuser Damm 21

Berliner Ratskeller
Königstr. 15-18
Bierabteilung — Weinabteilung
Künstlerkonzert
Vorzügliche Küche
Heinrich Falkenberg

„Semper“

das Fahrrad von hoher Klasse

erhalten Sie bei geringer Anzahlung und bequemen Abzahlungsbedingungen bei:

Paul Jenake, Berlin SO 16, Brückenstraße 13 / Fahrradhaus „Nordring“, Berlin N, Schönhauser Allee 129 / Ernst Grieger, Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 28
Karl Firsche, Schöneberg, Tempelhofer Straße 9 / Autohaus „Süden“, Tempelhof, Berliner Straße 62 / Alfred Budow, Berlin SW 59, Hasenheide 58. [54]

Spree-Zelt
Alfred Ospalski
Hinter den Zelten an der Spree

Während der Sommermonate täglich erstklassiges
Garten-Konzert

Gutgepflegte Biere und vorzügliche Küche
Solide Preise [60]

Restaurant Belle-Alliance
Belle-Alliance-Platz 8

ORPHEUM HASENHEIDE
Ecke Graefestr.
Tel.: Hasenheide, 8526-28

Säle für Vereinsfestlichkeiten u. Veranstaltungen jeder Art.
Große Bühne, Geschmackvolle Dekoration.
Donnerstags und Sonntags: Varieté und Tanz.

„Zum Schultheiß“ Hasenheide 22-31
(früher Unionsbrauerei)

Jeden Sonntag: Gr. Extra-Konzert u. Solisten-Vorträge
Die Kaffeeküche ist eröffnet. — Der Beginn der ständigen Wochentagskonzerte wird noch bekanntgegeben.
Sonntag, den 15. Mai: Frühlingsfest der Schäferhundfreunde

Etablissement Kliems Festsäle Erbe
Hasenheide 13/15. Telefon: Amt Hasenheide 6565/6566
empfehlen
Säle und Räumlichkeiten 50-2500 Personen fassend

Kaufhaus Felix Richter
Neukölln [36]
Hermannstraße 161

Kleines Eierhäuschen
Treptow-Pienterwald
Tel. Mpl. 858 Friedrich Kubat Tel. Mpl. 858

Zum Treuer
(Kleiner Schultheiß) [45]
Kastanien-Allee 23
Säle bis 250 Personen, Vereinszimmer, 2 Parkett-Negelbahnen

KROKODIL Schliesisches Tor
Täglich
Großes Konzert
Gute und billige Küche
Solide Preise
Hochbahn-Krause.

„Oberspree“ [57]
Siedlungsgesellschaft m. b. H., C, Breitestr. 36

Holz Häuser auf Ratenzahlung, Pachtgelände auf 20 Jahre zu günstigen Bedingungen mit Vorkaufsrecht

Die Berliner Töpferhütte G. m. b. H. baut Oefen jeder Art für Wohnendhäuser transportable sowie feststehende Oefen und Kachelherde, führt sämtliche Reparaturen und Töpferarbeiten aus. — Kostenlose heiztechnische Beratung und Vorschläge.
Berlin SO 36, Waldemarstr. 14 • Moritzplatz 0314

Stadtbad Kreuzberg
Baerwaldstraße 64-67. [7]

Aller Art medizinische Bäder für Herren und Damen.
Geöffnet täglich von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr
Kassenschluß 6 Uhr :: Zugelassen bei sämtl. Krankenkassen.
Schwimm-, Wannen- und Brausebäder.

Schlüter-Vollkornbrot
Verkaufsstellen gibt auf
Schlüterbrotfabrik Hansa 998 [5]

FRISIER-SALON
für Damen und Herren
Gute Bedienung [5]
Solide Preise
Stadtbad Kreuzberg, Bärowaldstr. 64-65

VOLKS-FEUERBESTATTUNGS-VEREIN
vormals Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin VV a. G.
1913

UNTER REICHAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET, DEUTSCHES REICH
MEMELGEBIET UND FREISTAAT DANZIG

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE:
**BERLIN NW 40
ROONSTRASSE 4**
RUF: HANSA 1747/48, 5240/41
EIG. VERWALTUNGS-GEBÄUDE

KEIN KIRCHENAUSSTRITT ERFORDERLICH
NACH EINMONATIGER MITGLIEDSCHAFT
UNBEDINGTEN RECHTSANSPRUCH AUF
KOSTENLOSE, PIETÄTVOLLE BESTATTUNG

MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE

MAN VERLANGE VERTRETERBESUCH

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl.
Versicherungs- Aktiengesellschaft

Die Versicherung aller Arbeiter und Angestellten [8]

Auskunft erteilen alle Vertrauensleute, sowie die Rechnungsstelle
Berlin S 42, Ritterstraße 126, I.

Hauptverkehrsstelle
des Reichsbanners:
August Strunk [24]
Charlottenburg
Spree- Ecke Wallstr.

Auf FAHRRÄDER
SPRECHMASCHINEN
PHOTOAPPARATE
MUSIKINSTRUMENTE
WANDUHREN USW.
Teilzahlung

Geringe Anzahlung/niedrige
Wochenraten von 1 Mk. an.
Kataloge kostenfrei und franko
Deutsche Warenkredit GmbH
BERLIN W.35.

Wochenende
erst richtig mit
Sökellands Pumpernickel
Sökellands Roggenschwarzbrot

Diese sind überall zu haben,
aber beachten Sie den Namen
„SÖKELLAND“

Gebrüder Groh
Gegründet 1883

55 eigene Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Groß-Berlins [6]
10 eigene Dampfmolkereien

Arbeiter und Händler
kaufen nur
„Zanta“
Zigaretten billig und gut. [49]
Zanta-Zigarettenfabrik.

TORPEDO
[53] die moderne
Schreibmaschine
für Büro- und
Privatgebrauch

Auf Wunsch Teilzahlg. Verlangen
Sie Prospekt V oder kostenlose
Vorführung. — Generalvertreter

Gebr. Weinitzschke
BERLIN SW 19, Seydelstraße 3. Merkur 4495-4496.

Max Geist
Tabakfabrikate [20]

Engros- und
Stallschreiberstr. 23a
Filialen in Groß-Berlin
Frankfurt a. d. Oder
und Staroard i. Pommern

Trinkt Breithaupt-Weiße [69]

Bilg. Bezugsquelle für fertige Herrenkleidung
F. Hamburg, Bln.-Steglitz Schloßstr. 102-103
Berufskleidung

Feine Herren-Ausstattungen :: Blinde, Invaliden und Witwen erhalten 5 Prozent Preisermäßigung!

Die königstädtische Dampf-Wasch-Anstalt
SO 33, Cuvrystraße 1 Mpl. 3518, 8082 [30]

twäscht gut und billig